

Statement zum Lieferketten-Sorgfaltspflichtengesetz (LkSG) der Bundesregierung von Prof. Dr. Gregor Lang-Wojtasik, Mitglied des Beirats von XertifiX e.V.

## „Kleine und mittelständische Unternehmen, die bereits freiwillig Verantwortung übernehmen, müssen gestärkt werden“



Gregor Lang-Wojtasik setzt sich seit über 20 Jahren für alternative Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche in Indien ein

Seit über 20 Jahren beschäftige ich mich mit alternativen Bildungsangeboten für Kinder und Jugendliche, die durch Arbeit, Sklaverei und Schuldknechtschaft an einem regulären Schulbesuch gehindert werden. Ich setze mich dafür ein, dass ihre Rehabilitation immer wieder ins Bewusstsein der Debatten gerückt wird. Bei einem Besuch in einer Schule für Kinder in einem indischen Steinbruch im Jahr 2015 bekam ich einen Eindruck davon, was schwere Kinderarbeit bedeutet und welche Chancen in Bildung liegen – gerade wenn es um die Zukunftsfähigkeit des Planeten und seiner Menschen geht.

Wenn mit dem von Bundesregierung und Bundestag nach einer monatelangen Lobby Schlacht beschlossenen Gesetz zum Schutz von Menschenrechten in internationalen Lieferketten ein menschenwürdiges Leben näher rückt, so ist das ein Meilenstein. Die Gefahr von Gesetzen ist gleichwohl groß, dass sie zu Papiertigern werden, die letztlich als Bettvorleger enden. Und diese Bettvorleger stehen zugleich symbolisch für die vielen Produkte, die wir selbstverständlich in Deutschland kaufen und konsumieren. Sie werden häufig auf Kosten der Menschenrechte von Arbeiter\*innen im Globalen Süden produziert. Die Missstände dort herrschen auch weil die Regierungen in den Produktionsländern sich nicht genug um die Einhaltung der Menschenrechte vor Ort kümmern. Sie sitzen in einem Boot mit zahlreicher importierenden Unternehmen, wie eine Studie im Rahmen des Nationalen Aktionsplans der Bundesregierung gezeigt hat. Im Sinne eines demokratisch verfassten und den Menschenrechten verpflichteten Staates müsste es darum gehen, sich an jenen klein- und mittelständischen Unternehmen zu orientieren, die bereit freiwillig Verantwortung übernehmen und z.B. mit dem Verein XertifiX zusammenarbeiten, der Naturstein-Lie-



Regelmäßiger Schulbesuch ist für Kinder nicht überall auf der Welt selbstverständlich

ferketten regelmäßig überprüft und Verbesserungsprozesse zum Wohl der Arbeiter\*innen anstößt. Diese Akteure müssten eigentlich durch das LkSG gestärkt werden. Immerhin konkurrieren sie mit Unternehmen ohne Interesse an der Einhaltung von Menschenrechten und dadurch billigen Preisen.

Um hier eine Verpflichtung zu schaffen und Schiefen abzubauen, braucht es das LkSG, das Unternehmen in Deutschland verbindlich zwingt, Verantwortung für die eigenen Lieferketten zu übernehmen. Lobbygruppen, Teile der deutschen Wirtschaft und Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier haben bedauerlicherweise dafür gesorgt, dass das Gesetz in einer viel schwächeren Form verabschiedet wurde,

als es ursprünglich von den Bundesministern Hubertus Heil (BMAS) und Dr. Gerd Müller (BMZ) geplant war. Es werden nur direkte Zulieferer (1st tier) erfasst. Für weitere Zulieferer (2nd tier) – wie z.B. zliefernde Steinbrüche – gilt dies nur nach Meldung von Verstößen. Es gibt keine zivilrechtliche Haftungspflicht. Zudem bezieht sich das Gesetz ab 2023 nur auf Unternehmen in Deutschland ab 3000 Beschäftigten (ab 2024 mehr als 1000 Beschäftigte). Damit deuten sich Schlupflöcher an, die hätten vermieden werden können. Möglicherweise bietet das europäische Lieferkettengesetz, das im Herbst dieses Jahres von EU-Justiz-Kommissar Didier Reynders auf den Weg gebracht werden soll, mehr Chancen.